

65/A XXIII. GP

Eingebracht am 14.12.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Antrag

der Abgeordneten Mag^a. Terezija Stojsits, Drⁱⁿ. Eva Glawischnig - Piesczek,
Freundinnen und Freunde

betreffend ein Bundesgesetz mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz und das
Kinderbetreuungsgeldgesetz geändert wird.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das
Kinderbetreuungsgeldgesetz 2001 geändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel 1

Das Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch
das Bundesgesetz BGBl. Nr. 3/2006 wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 lautet:

„(1) Personen, die nicht österreichische Staatsbürger sind, haben Anspruch auf
Familienbeihilfe, wenn sie sich

1. nach den Bestimmungen des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes
(NAG), BGBl. I Nr. 100/2005 oder
2. nach § 3 Asylgesetz (AsylG 2005) als Asylberechtigte oder
3. nach § 8 Asylgesetz (AsylG 2005) als subsidiär Schutzberechtigte, wobei
der Erhalt von Leistungen aus der Grundversorgung anzurechnen ist, oder
4. nach § 13 Asylgesetz (AsylG 2005), unter der Voraussetzung, Einkünfte
aus rechtmäßiger Erwerbstätigkeit erzielen oder Bezüge aus der
gesetzlichen Krankenversicherung im Bundesgebiet und keine Leistungen
aus der Grundversorgung für Asylwerber beziehen,

rechtmäßig im Bundesgebiet aufzuhalten.“

2. § 3 Abs. 2 lautet:

„(2) Für Kinder, die österreichische Staatsbürger sind, besteht jedenfalls Anspruch auf Familienbeihilfe.“

3. § 3 Abs. 3 entfällt.

4. § 55 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) §3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBI. I Nr. xxx/2006 tritt mit 1.1.2006 in Kraft“

Artikel 2

Das Kinderbetreuungsgeldgesetz, BGBI. I Nr. 103/2001, zuletzt geändert durch das BGBI. I Nr. 97/2006 wird wie folgt geändert:

1. Dem § 49 wird folgender Abs. 11 angefügt:

„(11) § 2 Abs. 1 Z.5 tritt mit 1.1.2006 außer Kraft.“

Begründung:

Die gegenständlichen Bestimmungen (§ 3 Familienlastenausgleichsgesetz und § 2 Kinderbetreuungsgeldgesetz) wurden im Rahmen des sogenannten Fremdenrechtspaket mit 1.1.2006 einer Novellierung unterzogen. Der Anspruch auf beide Leistungen wurde dabei für Personen nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft sklavisch an eine bestimmte Form des rechtmäßigen Aufenthaltes für Kind und Bezugsberechtigten geknüpft (Es muss eine rechtmäßige Niederlassung im Sinne §§ 8,9 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, NAG 2005 vorliegen.).

Den Materialien des Fremdenrechtspakets ist zu entnehmen, dass das Motiv des Gesetzgebers die „**Erhöhung der sozialen Treffsicherheit**“ war. Die Praxiserfahrungen der ersten Monate zeigen, dass genau das nicht eingetreten ist. Es sind Systemlücken aufgetreten die jede für sich eine Diskriminierung ausländischer Familien, in einigen Fällen auch von österreichischen Kindern, bewirken.

Ungleiche Startbedingungen von Kindern rechtmäßig in Österreich lebender, ausländischer StaatsbürgerInnen können weder aus rechtlichen Überlegungen, noch aus gesellschafts- und integrationspolitischen Gründen hingenommen werden. Die vorgeschlagene Neufassung deckt bisher nicht erfasste Personengruppen ab und sieht (sofortige) Ansprüche auf Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld im Unterschied zu bisher vor.

Es sind dies insbesondere:

- in Österreich geborene Kinder von rechtmäßig im Sinne des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz aufhältigem Elternteil.

- Kinder von Personen, denen in Österreich ein verlängerbares Aufenthaltsrecht zukommt, weil ihnen im Heimatland Folter oder unmenschliche Behandlung droht (Subsidiär Schutzberechtigte gem. § 8 AsylG 2005).
- Kinder von AsylwerberInnen, die einer im Sinne des AusIBG erlaubten Beschäftigung nachgehen und keine Leistungen aus der Grundversorgung für AsylwerberInnen beziehen.
- Bei Pflege und Adoptivkinder ist es durch die bisherige Regelung zu unbilligen Härten gekommen. Pflegeeltern müssen vielfach monatelang auf eine Niederlassungsbewilligung für ihre Pflegekinder warten. Während dieser Zeit besteht kein Anspruch auf Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld, Österreichische Adoptiveltern müssen bei Auslandsadoptionen ebenso monatelange Verfahren zur Erteilung von Niederlassungsbewilligungen für ihre Adoptivkinder abwarten, ehe Familienbeihilfe und Kindergeld ausbezahlt werden.

Die vorgeschlagenen Regelungen stellen sicher, dass für Kinder, die österreichische Staatsbürger sind, jedenfalls Ansprüche auf beide Leistungen unter Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen bestehen. Fälle aus der Praxis haben hier ein Defizit in Bezug auf Leistungen nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz deutlich gemacht.

Die vorgeschlagene Regelung ist gerecht und bewirkt einen Abbau, der zuletzt enorm gestiegenen Bürokratie bei der Administrierung des Familienlasten und Kinderbetreuungsgeldgesetzes.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Sozialausschuss vorgeschlagen.